

Die Jugend gestaltet die Zukunft selbst, statt sie den G20 zu überlassen

Pressemitteilung des Aktionsbündnisses Jugend gegen G20

✘ HAMBURG

Ein bundesweiter Zusammenschluss aus gewerkschaftlichen, internationalistischen, sozialen und antifaschistischen Jugendgruppen, Organisationen, Verbänden und Einzelpersonen sowie dem Jugendrat

Hamburg ruft zu Protesten gegen den G20-Gipfel im Juli auf. Sie

verweisen darauf, als Jugend nicht von den Regierungschefs der 19

wichtigsten Wirtschaftsnationen und der EU vertreten werden zu wollen.

„Die G20 entscheiden über unsere Köpfe hinweg, entgegen unseren

Interessen. Als junge Generation wenden wir uns gegen eine Politik der

nationalistischen und neoliberalen Krisenverwaltung, die zu Lasten

unserer Zukunft geht. Deshalb organisieren wir einen vielseitigen und

bunten Block auf der internationalen Großdemonstration am 08. Juli in

Hamburg.“ sagt Marvin Hopp, von der bundesweiten Plattform.

Laura Kroger vom Jugendrat Hamburg fügt hinzu: „Wir planen einen

massenhaften Jugendprotest gegen den G20 Gipfel. Die Hamburger Schulen

und Unis werden am 7. Juli bestreikt werden. Statt zur Schule oder in die Uni, werden wir gemeinsam auf die Straße gehen und unsere Vorstellung einer grenzenlosen und solidarischen Gesellschaft deutlich machen!“

Jugend gegen G20 mobilisiert

- zu dem „Gipfel für globale Solidarität“ am 5./6. Juli und wird mit einem eigenen Workshop vertreten sein.
- zu einem Bildungstreik, im Rahmen des Aktionstags gegen den G20-Gipfel am 7. Juli.
- zu einem „Jugend gegen G20“-Block auf der internationalen Großdemonstration am 08.Juli.

Aufruf der bundesweiten Plattform Jugend gegen G20

Our future is unwritten – let's fight together

Wir, als „Jugend gegen G20“, sind eine bundesweite Plattform, die der Anlaufpunkt für junge Menschen ist, welche sich in die Proteste gegen den G20-Gipfel einbringen wollen. Wir rufen dazu auf, sich an den vielseitigen Aktivitäten im Rahmen der „G20-Plattform“ zu beteiligen.

Wir wollen:

- den Gegengipfel („Gipfel für globale Solidarität“) vom 5.7. (Mi.) bis 6.7. (Do.) dafür nutzen, um in einen internationalen Austausch zu kommen und uns weiter zu vernetzen.
- am 7.7. (Fr.) durch Kreativität, Vielfalt und

massenhafte Aktionen des zivilen Ungehorsams unseren Protest nicht nur sichtbar, sondern auch spürbar machen.

- auf der Großdemonstration am 8.7. (Sa.) ein internationales Zeichen der grenzenlosen Solidarität setzen.

Wir organisieren uns in diesem Rahmen, um unsere Situation und Interessen zur Geltung zu bringen. Hierfür werden wir unsere verschiedenen Alltagskämpfe zusammenführen und im Rahmen der Proteste gegen den G20-Gipfel unsere Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen einen gemeinsamen Ausdruck verleihen. Seien es die Ängste um eine lebenswerte Zukunft, aufgrund einer fortlaufenden Zerstörung unserer ökologischen Lebensgrundlage. Sei es die Ablehnung von Herrschaftsmechanismen, welche insbesondere in jüngster Vergangenheit in Form eines erstarkenden Sexismus und Rassismus auf dem Vormarsch sind. Seien es die Auswirkungen kapitalistischer Krisen, welche z.B. durch die europäische Austeritätspolitik (unter deutscher Führung) in Form einer massiven Jugendarbeitslosigkeit auf dem Rücken junger Menschen abgewälzt wird. Weltweit betreffen uns diese Entwicklungen als Jugend in besonderem Maße: es ist an der Zeit sich gemeinsam dagegen zu erheben!

Im Juli 2017 trifft sich unter Beteiligung von Trump, Putin und Erdogan die 1. Liga der Unsympath*innen in Hamburg. Sie tun dies vor allem als Krisenverwalter*innen eines immer autoritärer werdenden Kapitalismus, welcher weltweit unsere Lebensbedingungen bedroht. Beim G20-Gipfel geht es daher bei weitem nicht um unsere Interessen. Diesen Entwicklungen stellen wir uns entgegen. Wir werden im Rahmen der Proteste eine solidarische Perspektive einer lebenswerten Zukunft sichtbar machen.

Deshalb rufen wir auf: Fahrt mit uns nach Hamburg und beteiligt euch an den internationalen Protesten! Organisiert euch im Rahmen von Jugend gegen G20 für eine solidarische Gesellschaft!

Wer wir sind:

Wir sind ein Zusammenschluss aus sozialen, internationalistischen, gewerkschaftlichen und antifaschistischen Jugendgruppen, Organisationen, Verbänden und Einzelpersonen, die im Juli 2017 gegen den G20-Gipfel in Hamburg auf die Straße gehen werden. Wir werden den Protest gegen den G20-Gipfel nutzen, um unsere unterschiedlichen Kämpfe zusammenzuführen und ein deutliches Signal für eine solidarische Gesellschaft jenseits von Diskriminierung, Unterdrückung und Ausbeutung zu setzen. In uns wächst die Erkenntnis, dass ein gutes Leben für alle im Kapitalismus nicht möglich ist, daher soll unser Zusammenkommen über den Widerstand gegen den Gipfel der G20 hinausgehen.

Linksjugend [‘solid] Baden-Württemberg kritisiert Die Linke Brandenburg



Im Brandenburger Landtag wurde der Antrag auf einen generellen Abschiebestopp nach Afghanistan gekippt. Daran war unter anderem die Partei Die Linke beteiligt, welche derzeit in einer Rot-Roten Koalition an der Regierung ist. Hierzu äußerte sich nun der Baden-Württemberger Landesverband ihrer Jugendorganisation.

Am Freitag, den 3. März dieses Jahres, wurde der von Bündnis 90/ Die Grünen beantragte Abschiebestopp nach Afghanistan vor

dem Brandenburger Landtag gekippt. Daran beteiligt war auch die mit der SPD zusammen regierende Linkspartei. Stattdessen handelte man

mit der SPD zusammen einen Beschluss aus, nachdem man sich weiterhin nicht an Sammelabschiebungen beteilige und durch konsequente Einzelfallprüfungen bei maximalem Ausnutzen der Ermessensspielräume Abschiebungen erschwere bzw. verhindere. Der Linksjugend [‘solid] Baden-Württemberg zufolge sei dies zwar ein „lobenswerter Beschluss“, ersetze allerdings keinen kompletten Abschiebestopp, auch wenn dieser nur über drei Monate verhängt werden kann. Als Vorbild nannte man Schleswig-Holstein, wo ein solcher Abschiebestopp bereits beschlossen wurde.

„Zwar können wir nachvollziehen, dass man in den Verhandlungen mit der SPD eher auf die vermeintlich langfristige Lösung gesetzt hat, allerdings ist in einer solchen Situation die generelle Sinnhaftigkeit einer Regierungsbeteiligung zu hinterfragen“, so Lars Eppinger, Pressesprecher der Linksjugend [‘solid] Baden-Württemberg. Der Jugendverband spricht sich generell gegen Abschiebungen aller Art aus. Besonders nach Afghanistan seien diese allerdings besonders abzulehnen, da „Abschiebungen nach Afghanistan häufig einem Todesurteil gleich kommen“, so Pressesprecherin Emilie Gruber. Wer mit „Abschiebeparteien“ wie der SPD regiere, habe auch die Abschiebungen mit zu verantworten.

Von der Mutterpartei fordere man eine konsequente Ablehnung von Abschiebungen. In Situationen wie dieser erwarte man ein Hintertreffen anstelle der Koalitionsdisziplin, da „in Entscheidungen, bei denen es um Leben und Tod geht, Kompromisse völlig fehl am Platz sind“, so Eppinger abschließend.

Linksjugend Baden-Württemberg distanziert sich erneut von Lafontaine



Oskar Lafontaine forderte in einem „Welt“-Artikel konsequentere Abschiebungen von Geflüchteten, die „illegal über die Grenze gekommen“ seien. Das trifft auf einen Großteil der Geflüchteten zu, da es kaum mehr legale Fluchtwege gibt. Die Linksjugend [‘solid] Baden-Württemberg distanziert sich von diesen Äußerungen und kritisiert sie scharf: „Die Aussagen von Lafontaine haben absolut nichts mit linker Politik zu tun“, kommentiert Landessprecher Lars Eppinger. Lafontaine behauptete, die Verhinderung von Zuwanderung sei „Grundlage staatlicher Ordnung“ – für Eppinger vollkommen unverständlich. „Dass linke Politik geflüchtetenfreundlich sein muss, sollte eindeutig sein. Geflüchtete in „rechtmäßig“ und „unrechtmäßig“ geflüchtet einzuteilen, ist gegen jeden Anspruch einer humanistischen Politik“, so Eppinger weiter.

Betroffen von diesem Vorhaben wären zum Beispiel viele Geflüchtete aus Afghanistan – ein Land, welches die Bundesregierung wider besseres Wissen auf dem Papier für „sicher“ erklärt hat. „Eine Abschiebung in Kriegsgebiete wie Afghanistan kommt in vielen Fällen einem Todesurteil gleich“, erklärt Landessprecherin Emilie Gruber. Als „völlig inakzeptabel“ bezeichnet sie, dass ausgerechnet eine*r der Spitzenpolitiker*innen der Linkspartei so etwas fordert. Die Linksjugend setzt sich grundsätzlich gegen Abschiebungen ein, ungeachtet der Herkunft der Geflüchteten.

Der parteinahe Jugendverband erwartet gegen Äußerungen dieser

Art klare Kante: „Die Linke muss konsequent gegen Rassismus in den eigenen Reihen vorgehen, insbesondere wenn dieser von Spitzenpersonal wie Lafontaine oder Wagenknecht geäußert wird“, fordert Eppinger.

Bereits im Dezember 2015 hatte die Linksjugend [‘solid] Baden-Württemberg scharfe Kritik an Lafontaine geäußert und dessen Parteiausschluss beantragt. Damals hatte Lafontaine Obergrenzen gefordert und sich in einem FAZ-Interview selbst dafür gelobt, dass er Anfang der 1990er-Jahre an der Aushöhlung des Asylrechts maßgeblich beteiligt war. Mit den neuesten Äußerungen seitens Lafontaine sieht sich der Jugendverband in seiner Position zu Lafontaines Parteimitgliedschaft bestätigt.

Quellen:

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-02/oskar-lafontaine-linke-abschiebungen-fluechtlinge-afd>

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article161818446/Staat-muss-entscheiden-koennen-wen-er-aufnimmt.html>

Pressemitteilung: Audimax- Besetzung gegen Studiengebühren in Freiburg



Die Linksjugend [‘solid] Baden-Württemberg befürwortet die Besetzung des Audimax der Universität in Freiburg. Die Forderung der Studierenden keine Studiengebühren für Nicht-EU-Bürger*innen einzuführen teilen wir.

Wir begrüßen es, dass Studierende sich für freie Bildung einsetzen!

“Es kann nicht sein, dass Wissenschaft, in Forschung und Lehre,

zur Ware gemacht wird“ kommentiert Vanessa Kohm vom Landessprecher*innenrat der Linksjugend, weiter: *“Bildung ist essentiell für die Gesellschaft sowie einzelne Menschen. Der Zugang zu ihr darf nicht abhängig sein vom Geldbeutel der Eltern! Dies gilt unabhängig von der Herkunft der Studierenden. Menschen auf Grund ihrer Herkunft unterschiedlich zu behandeln ist eine nicht hinnehmbare Diskriminierung.”*

“Gleichzeitig möchte die Grün-Schwarze Landesregierung auch Gebühren für ein Zweitstudium einführen”, ergänzt Aljoscha Hartmann, Landessprecher der Linksjugend Ba-Wü. *“Statt Menschen zu fördern, die sich mehr Wissen aneignen wollen, wird ihnen Steine in den Weg gelegt. Doch damit nicht genug, gleichzeitig sollen alle Studis mehr zahlen. Aus dieser schleichenden Erhöhung ist die Wiedereinführung allgemeiner Studiengebühren zu befürchten.”*